

## ***Ist der «arabische Frühling» noch zu retten?***

*Statt hämisch die angebliche Demokratieunfähigkeit von Tunesien bis Syrien zu beklagen, sollte sich der Westen vor Augen führen, wie lange er selber brauchte für stabile Verhältnisse - von der Französischen Revolution bis heute. Die mit den Aufständen verbundenen Hoffnungen sollten nicht vorschnell zu Grabe getragen werden. Von Ingrid Thurner*

Neuerdings gefallen sich Medien darin, den «arabischen Frühling» zu Grabe zu tragen. Ein arabischer Winter wird heraufbeschworen. «In Ägypten hat Demokratie keine Chance», kann man lesen oder: «Das Experiment ist vermutlich für längere Zeit gescheitert.» Dabei ist man in Syrien und Ägypten, in Tunesien und Libyen an der Arbeit, es wird gekämpft und gestorben, aber auch verhandelt. Nichts ist entschieden, in keinem der Revolutionsländer. Doch aus europäischen Mündern tönt es hämisch: «Sie werden es ja doch nicht schaffen.»

### *Die Chance, aus Fehlern zu lernen*

Jetzt kommen noch mehr Flüchtlinge, lautet die Befürchtung. Natürlich - weniger werden es nur, wenn sie in ihren Heimatländern Bedingungen vorfinden, die das Leben lebenswert machen: Partizipation der gesamten Bevölkerung an Entscheidungsprozessen und am Volksvermögen vor allem.

Vom Versagen aller politisch Handelnden ist die Rede. Natürlich haben alle versagt - weltweit. Aber von intellektueller Seite könnte man zumindest moralische Unterstützung und Zuspruch für das grosse Projekt arabischer Demokratie erwarten und nicht bloss schadenfrohes Grinsen bei Rückschlägen, die ohnedies zu erwarten waren.

Jetzt wird die Anti-Intellektualität der ägyptischen Muslimbrüder beschworen. Aber was sind ein paar Schwachköpfe gegenüber 1400 Jahren arabisch-islamischer Geistesgeschichte? Man gab ihnen keine Chance, aus Fehlern zu lernen. Und dass die politische Riege der Bruderschaft beim Regieren furios dilettiert hat, bedeutet nicht, dass Demokratie in arabischen oder muslimischen Ländern immer scheitern muss, bedeutet keineswegs, dass der Islam grundsätzlich demokratieunfähig sei. Es wird noch der Anstrengung bedürfen, bis sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Demokratie nicht ein Ereignis ist, das einmal eintritt, sondern ein ewiger Prozess, an dem man täglich arbeiten muss, ein fortwährendes Verhandeln um Kompromisse.

Als Geburtshelfer der europäischen Demokratie gilt gewöhnlich die Französische Revolution ab 1789, mit der Aufklärung als Wegbereiter und Wurzeln in der Antike. Aber wie lange musste die Bevölkerung westlicher Länder auf das politische

Mitbestimmungsrecht warten? Da folgte auf Revolution Konterrevolution und Restauration, Rückschläge ohne Zahl und zwei Weltkriege samt Massenvernichtungslagern und Genoziden.

Wiederholt brannten in den letzten Monaten am Nil die Kirchen, Gebäude wurden gestürmt, niedergerissen, verwüstet. Schnell hat man in Europa die Verursacher ausgemacht. Einer diffusen Gruppe, «Islamisten», werden die Schändungen und Untaten in die Schuhe geschoben. Die Religiösen waren es, da kommt kein Zweifel auf, da gilt keine Unschuldsvermutung.

In Kairo hingegen gibt es auch andere Thesen, dort wollen die Gerüchte nicht verstummen, dass nicht (nur) religiös motivierte Extremisten, sondern von der Regierung angeheuerte Schlägertrupps die Gewalt säen. Es ist seit Mubarak Tradition, gewisse heikle Arbeiten auszulagern, für die man starke Typen in Sold stellt. Eine besondere Erfahrung besitzen diese Männer fürs Grobe in sexualisierter Gewalt.

In den letzten Jahren wurden solche kriminellen Banden immer dann gesichtet, wenn viele Menschenleben zu beklagen waren, am Tahrir-Platz und im Stadion in Port Said 2011, bei der Erstürmung der Protestlager Mitte August, am darauffolgenden Freitag des Zorns. Es wird zu klären sein, ob nicht ein Grossteil der Zerstörungen von Kirchen und Amtsgebäuden und der Gewalt gegen Kopten diesen bezahlten Randalierern - und somit ihren Auftraggebern - zuzuschreiben ist. Deren Absichten sind leicht durchschaubar, die Methode ist seit der Antike erprobt: Teile und herrsche! Man treibe Keile zwischen einzelne Bevölkerungsgruppen und spiele sie gegeneinander aus.

Es ist tragisch, dass Menschen anscheinend immer erst dann Verhandeln als Strategie der Konfliktlösung akzeptieren, wenn Schiessen zu keinem tragfähigen Ergebnis geführt hat. Man möchte die Hoffnung hegen, dass sich die Ereignisse nicht bis in alle Unendlichkeit mit viel Blutvergiessen wiederholen müssen. Aber derzeit sieht es aus, als ob Ägypten eine Variante jener Phase erlebe, in der die Revolution ihre Kinder frisst. Wo sind die Tausende geblieben, die Anfang 2011 den Tahrir-Platz füllten? Diese Liberalen, auf deren Schultern so viele Hoffnungen ruhten, sind von der Bildfläche, aus den Strassen Kairos und aus den Medien verschwunden, teils übergelaufen, teils abgetaucht ins Privatleben. Aber über kurz oder lang werden sie sich aus der Anonymität und aus der Unzufriedenheit wieder erheben, nach Brot und Mitbestimmung rufen und an die Volkssouveränität erinnern, an die politische und ökonomische Teilhabe aller.

### *Hundertfünfzig contra drei Jahre*

Stabile Demokratien sind in vielen westlichen Ländern erst nach 1945 entstanden. Eineinhalb Jahrhunderte hat es gedauert seit der Französischen Revolution, und noch immer ist tägliche Anstrengung nötig, noch immer bedrohen Populismus, Partikularinteressen und

rechtsextreme Randgruppen die Errungenschaften von Mitbestimmung, Sozialstaat und Menschenrechten.

Natürlich mögen die Entwicklungen in Nordafrika und dem Nahen Osten zeitlich und strukturell gänzlich anders verlaufen als die bisher bekannten Demokratisierungsprozesse. Aber das arabische Ringen um Volkssouveränität ist keine drei Jahre alt. Es war am 17. Dezember 2010, als der tunesische Gemüsehändler Mohammed Bouazizi mit seiner Selbstverbrennung den Funken entfachte, der zu den arabischen Revolutionen führte. Bouazizi ist länderübergreifend zum Helden geworden, sein Name ist heute jedem arabischen Schulkind ein Begriff. Der «arabische Frühling» braucht Zeit.

**Ingrid Thurner** ist promovierte Ethnologin, Lehrbeauftragte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und Mitglied der Initiative Teilnehmende Medienbeobachtung.